

A b d r u c k
Niederschrift
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des
Ausschusses für Natur- und Umweltschutz
von Montag, den 06.12.2010,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr
Ende der Sitzung: 16:20 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Roland Schwing.

Für den in der Zeit von 14:50 Uhr bis 16:20 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend waren:

Ausschussmitglieder

Herr Erwin Dotzel
Frau Ellen Eberth
Herr Hubert Klimmer
Herr Peter Maurer
Frau Monika Schuck

Stellv. Ausschussmitglieder

Herr Roland Eppig
Frau Rita Follner
Herr Ulrich Frey
Herr Dr. Heinz Linduschka
Herr Ludwig Ritter
Frau Ruth Weitz

Entschuldigt gefehlt haben:

Ausschussmitglieder

Frau Gabriele Almitter
Herr Hermann-Josef Eck
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn
Frau Petra Münzel
Herr Kurt Schumacher
Herr René Wendland

Weiterhin gefehlt hat:

Ausschussmitglied

Herr Dr. Christian Steidl

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Herr Verwaltungsdirektor Fieger
Herr Verwaltungsoberamtsrat Rüth
Herr Regierungsamtsrat Röcklein
Frau Regierungsrätin Thomasen
Frau Verwaltungsamtsrätin Heim
Frau Wagner, Schriftführerin

zu TOP 5

Tagesordnung:

- 1 Kreismülldeponie Guggenberg; Bericht zum Sickerwasserproblem
- 2 Antrag des Marktes Sulzbach a. Main auf Aufgabenübertragung nach Art. 5 Abs. 1 Satz 1 BayAbfG für Erdaushub
- 3 Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2009 des Abfallwirtschaftsbetriebes, Teilbereich Betrieb gewerblicher Art
- 4 Referentenentwurf eines Kreislaufwirtschaftsgesetzes:
Beschlussfassung über eine Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts
- 5 Information Integriertes Energie- und Klimakonzept Bayerischer Untermain
- 6 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

Kreismülldeponie Guggenberg; Bericht zum Sickerwasserproblem

Regierungsamtsrat Röcklein erläuterte den Sachverhalt:

Mit großen Erwartungen und viel Optimismus haben wir im August den sogenannten Sandfilter in unserer Deponiesickerwasserreinigungsanlage mit dem Filtermaterial Bayoxide HC E 33 gefüllt. Die ersten Wochen haben wir damit auch wunderbare Ablaufwerte erreicht, das Arsen wurde nahezu zu 100 Prozent adsorbiert und zurückgehalten.

Ab Ende September verschlechterten sich die Ablaufwerte und im Laufe des Oktobers mussten wir mehrfach in Fehlcharge schalten. Seit 25. Oktober können wir kein gereinigtes Sickerwasser mehr in die Erf ableiten, da der Grenzwert für Arsen überschritten ist.

Die letzten acht Wochen waren von zahlreichen Aktivitäten, Laboruntersuchungen, Versuchen, Diskussionen mit unseren Beratern Herrn Prof. Weigand und der Fa. MionTec begleitet und am 18.11.2010 haben wir die gesamte Problematik in einer „Arsenkonferenz“ mit den Beteiligten auch unter Beteiligung von Herrn Koch vom Labor der Mainsite erörtert.

Derzeitiger Kenntnisstand ist:

Das Sickerwasser enthält eine unbekannte Anzahl von Stoffen, von denen nur rund 50 regelmäßig untersucht und überwacht werden. Darunter sind auch völlig ungefährliche Stoffe wie bspw. Eisen.

Und Eisen scheint eines der Probleme zu sein. Relativ hohe Eisenwerte im Deponiesickerwasser beeinflussen das Filtermaterial Bayoxide, das ja auch aus einem speziellen Eisenmaterial besteht und setzen die Poren dieses Filtermaterials zu. Die Wirkung wird offensichtlich noch durch Bakterienbewuchs verstärkt.

Im Ergebnis hat das Filtermaterial Bayoxide damit einen Teil seiner Wirkung verloren und die Arsenadsorption reicht nicht mehr zur Einhaltung unseres Ablaufgrenzwertes aus. Eine Teilleistung erbringt der Filter aber weiterhin. So wurde in der 46. Kalenderwoche der Arsenwert durch die Anlage von 0,67 mg/l auf 0,13 mg/l Arsen reduziert.

Die Fachleute sind sich einig, dass Bayoxide grundsätzlich geeignet ist, aber dessen Wirkung durch Störstoffe und Bakterien aus unserem Sickerwasser und unserer Anlage deutlich reduziert wird.

Nun haben langwierige und auch vielfältige Untersuchungen begonnen, die das Ziel haben, diese unerwünschten Einflüsse herauszufinden und auszumerzen.

Es ist uns leider bisher trotz vielfältiger Unterstützung durch externe Fachleute und die Fachbehörden des Freistaates Bayern, sowie enormen Einsatz finanzieller Mittel nicht gelungen das Arsenproblem aus dem Arsenschotter zuverlässig in Griff zu bekommen.

In Griff haben wir die Situation beim Oberflächenwasser. Dort können wir den vereinbarten Zielwert von 0,3 mg/l Arsen auch weiterhin problemlos einhalten.

Einen Teilstrom des Oberflächenwassers haben wir vom 08.09.2010 bis 18.11.2010 mittels einer angemieteten Pilotanlage auch unter Einsatz von Bayoxide behandelt und dabei zahlreiche Messwerte erhalten und Erfahrungen gesammelt.

Diese Informationen werden derzeit durch MionTec ausgewertet.

Auf den ersten Blick scheinen uns hier die mineralischen Feinanteile im Oberflächenwasser Probleme zu bereiten, das diese trotz eines Vorfilters den Bayoxidefilter zugesetzt haben.

Aber auch hier gibt es Ideen die zu einer weiteren Verbesserung führen können.

Wir können Ihnen versichern, dass wir alles tun was den Fachleuten, den Fachbehörden und uns an Maßnahmen einfällt um das Arsenproblem unter Kontrolle zu behalten und schädliche Umwelteinwirkungen zu verhindern und bitten dazu auch um Ihre Unterstützung.

Kreisrat Dotzel bemerkte, das Problem Arsen sei allen bekannt. Man habe nun enorme Kosten bei der Sickerwasserbehandlung und –reinigung. Er schlage daher vor, den Schotter auszubauen, den Landkreis Miltenberg im Zuge einer Ersatzvornahme die Kosten ermitteln zu lassen und damit auf Dauer das Problem lösen und sich dann eben mit dem Verantwortlichen um die Kosten zu streiten. Er sei dafür, eine kurzfristige Entscheidung herbeizuführen, um Kosten zu sparen.

Landrat Schwing bestätigte, dass dies vernünftig und sinnvoll klinge, dies aber nicht die Lösung des Problems sei. Man müsse zuerst die rechtliche Situation klären, da sei man dabei. Das Beweissicherungsverfahren laufe noch. Solange man hier keine Klarheit habe, könne man so etwas nicht tun, da dies bedeute, der Landkreis Miltenberg müsse bei den Kosten in Vorleistung treten und laufe später dem Geld hinterher. Er bat daher auf die rechtliche Klärung zu warten. Das Gutachten müsse zuerst ausgewertet werden. Noch in dieser Woche habe man ein Gespräch mit dem eigenen Anwalt bezüglich der weiteren Vorgehensweise.

Kreisrat Dotzel bat in diesem Zusammenhang um kurzfristige Information und um Behandlung in der nächsten Sitzung.

Landrat Schwing erklärte, dieses Thema sei auf jeder Tagesordnung der Sitzungen dieses Gremiums.

Kreisrat Eppig stimmte Kreisrat Dotzel zu und fragte, was auf Dauer die günstigste Lösung sei.

Landrat Schwing wies darauf hin, dass diese Dinge neben der rechtlichen Geschichte im Landratsamt parallel bearbeitet werden. Das Wichtigste sei natürlich der sichergestellte Umweltschutz. Man habe daher zuerst einmal darauf gesetzt, die Arsenwerte unter die Grenzwerte zu bringen, dies sei auch gelungen. Parallel habe man rechtliche Schritte eingeleitet und nun überlege man natürlich mit den Fachleuten, welcher Weg der sinnvollste ist. Er bitte allerdings auch um Verständnis, dass dies alles Zeit brauche und man teilweise von anderen

Experten abhängig sei. Die Sache sei allerdings in guten Händen und es werde alles getan was möglich sei.

Kreisrat Dr. Linduschka fragte nach der Entwicklung der Arsenbelastung und einer eventuellen Reduzierung der Werte.

Regierungsamtsrat Röcklein zeigte anhand der Grafik, dass es leider keinerlei Veränderungen gebe. Der Gutachter gehe davon aus, dass das Arsen im Schotter 8-30 Jahre auftrete.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz nahm den Bericht der Landkreisverwaltung zur Kenntnis und unterstützt die Bemühungen der Landkreisverwaltung zur Einhaltung des Arsengrenzwertes für die Deponiesickerwasserreinigungsanlage.

Tagesordnungspunkt 2:

Antrag des Marktes Sulzbach a. Main auf Aufgabenübertragung nach Art. 5 Abs. 1 Satz 1 BayAbfG für Erdaushub

Regierungsamtsrat Röcklein erläuterte die Vorlage:

Kreistag und Umweltausschuss haben die Übertragung der Entsorgungsaufgabe für Erdaushub an den Markt Sulzbach im Juli 2009 unter Bedingungen beschlossen. Die Erfüllung dieser Bedingungen hat sich etwas hingezogen und heute müssen wir Ihnen sagen, das war gut so.

Inzwischen wurden die Pläne für die geplante Erweiterung der Erdaushubdeponie Sulzbach in einem abfallrechtlichen Genehmigungsverfahren geprüft und der ursprünglich vom Markt Sulzbach vorgesehene Vertragspartner hat sich nach Bekanntwerden der erforderlichen Genehmigungsaufgaben Bedenkzeit erbeten. Das Genehmigungsverfahren ruht bereits seit Monaten.

Wir haben aufgrund dieser Entwicklung die Verordnung zur Aufgabenübertragung an den Markt Sulzbach noch nicht erlassen und schlagen Ihnen vor, auch weiterhin abzuwarten. Wir könnten zwar den Markt Sulzbach per Verordnung und entsprechend dem Antrag des Marktes Sulzbach mit der Entsorgungsaufgabe beauftragen, aber derzeit und auch für die absehbare Zukunft ist Sulzbach gar nicht in der Lage diese Aufgabe zu erfüllen.

Wir möchten Sie hierüber informieren und um Ihre Zustimmung zur Aussetzung des Vollzugs dieses Beschlusses bitten.

Kreisrat Maurer als Bürgermeister fügte hinzu, man müsse hier Farbe bekennen. Die europaweite Ausschreibung sei ein wirtschaftliches Risiko und der Umsatz generiere nicht den Aufwand. Ein wirtschaftlicher Betrieb habe schwierige Rahmenbedingungen.

Kreisrat Ritter schloss sich dem Vorschlag der Verwaltung an, bat aber um eine Diskussion im Gremium, sollte diese Angelegenheit fortgeführt werden.

Landrat Schwing wies darauf hin, es gehe heute lediglich um Zurückstellung der Aufgabenübertragung und man nehme seine Bitte zur Kenntnis. Als Betroffener werde sich Kreisrat und Bürgermeister Maurer nicht an der Abstimmung beteiligen.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz fasste einstimmig den

B e s c h l u s s :

Der Erlass der Verordnung zur Übertragung der Entsorgungsaufgabe „Erdaushub“ an den Markt Sulzbach wird zurückgestellt bis geklärt ist, ob der Markt Sulzbach diese Aufgabe erfüllen kann.

Tagesordnungspunkt 3:

Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2009 des Abfallwirtschaftsbetriebes, Teilbereich Betrieb gewerblicher Art

Regierungsamtsrat Röcklein erläuterte den Sachverhalt:

Seit 2004 vermarktet der Landkreis das eingesammelte Altpapier selbst. Auch die direkten und indirekten Verträge über Leistungen für und mit den dualen Systemen wurden zum 01.01.2004 auf neue Grundlagen gestellt.

Hinzu kamen in den letzten Jahren weitere Leistungen die wir umsatzsteuerpflichtig für Dritte erbringen, so z.B. Sickerwasserreinigung für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Neckar-Odenwaldkreises GmbH.

In der Sitzung am 03.05.2010 haben wir Ihnen den Jahresabschluss 2008 vorgelegt.

Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband als unser Steuerberater hat inzwischen auch den Jahresabschluss für 2009 fertig gestellt, den wir Ihnen heute vorlegen können.

Unsere Umsatzsteuerzahlungen für das Jahr 2009 ergaben für diesen Jahresabschluss eine Erstattung für die Abfallwirtschaft in Höhe von

21.316,56 €

und bei den Ertragsteuern eine Erstattung in Höhe von

0 €

Damit sind für 2009 weder Körperschaftssteuerzahlungen noch Gewerbesteuerzahlungen an unsere drei Standortgemeinden zu erwarten.

Der Jahresabschluss wurde durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband erstellt.

Landkreis Miltenberg Kommunale Abfallwirtschaft Kommunale Abfallwirtschaft - BgA

	Bilanzsumme	Jahresgewinn lt. Bilanz und GuV
2004	251.629,21 €	74.710,44 €
2005	449.633,21 €	101.682,16 €
2006	625.479,86 €	64.381,60 €
2007	773.809,81 €	33.039,10 €
2008	325.593,39 €	- 126.543,70 €
2009	271.342,14 €	- 143.033,37 €

Die stark schwankenden Beträge werden in erster Linie durch die Papierpreisentwicklung geprägt. Und da sah es auch 2009 noch nicht allzu gut aus, aber für den Jahresabschluss 2010 kann ich Ihnen Hoffnung auf gute Zahlen machen.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz fasste einstimmig den

B e s c h l u s s :

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz erkennt den vorgelegten steuerlichen Jahresabschluss für das Jahr 2009 für den Kommunalen Abfallwirtschaftsbetrieb, Teilbereich Betrieb gewerblicher Art, an.

Dieser beläuft sich für das Jahr 2009

- Bilanz in Aktiva und Passiva	271.342,17 €
- Jahresgewinn lt. Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung	-143.033,37 €

Tagesordnungspunkt 4:

Referentenentwurf eines Kreislaufwirtschaftsgesetzes: Beschlussfassung über eine Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts

Regierungsamtsrat Röcklein gab folgende Erläuterungen:

Das heute noch geltende Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz muss der neuen EU-Abfallrahmenrichtlinie vom November 2008 angepasst werden, was zum Teil erhebliche Änderungen des Gesetzes erfordert.

Das Bundesumweltministerium will diese Gelegenheit offensichtlich zu grundlegenden Veränderungen im bundesdeutschen Abfallwirtschaftssystem zu Lasten der Kommunen als öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern nutzen.

Erst im Jahr 2008 hat das Bundesverwaltungsgericht in einem Altpapierurteil klare Grenzen und Zuständigkeiten hinsichtlich der Wertstoffe aus dem Herkunftsbereich private Haushalte aufgezeigt.

Dies alles soll, wie vieles Bewährte in der Abfallwirtschaft künftig nicht mehr gelten.

Schwerpunkte der kommunalen Kritik am Gesetzentwurf sind, wie in der Resolution aufgeführt

- fehlende Planungssicherheit;
- Einschränkung der kommunalen Entscheidungs- und Handlungsfreiheit;
- Einführung einer neuen Wertstofftonne;
- Teilweise Freigabe der Entsorgung der privaten Haushalte bei Aufrechterhaltung der Entsorgungsverpflichtung und Entsorgungsverantwortung der Kommunen;
- Rosinenpickerei bei den Wertstoffen aus den privaten Haushalten;
- Entscheidung über die Zulässigkeit gewerblicher Sammlungen.

Zu zwei Punkten kurze Erläuterungen:

Der Gesetzentwurf sieht die flächendeckende Einführung einer zusätzlichen Wertstofftonne vor. Das Bundesumweltministerium spricht hier von einer Wertstoffmenge von 7 kg/Einw. Im Landkreis Miltenberg erfassen wir aus diesen Stoffgruppen als verpackungsfremde Wertstoffe bereits heute fünf Kilogramm über den gelben Sack und rund ein weiteres Kilogramm über unsere Wertstoffhöfe.

Die neue Wertstofftonne benötigen wir folglich nicht und die Kosten ersparen wir uns und unseren Bürgern. Die fehlenden Wertstoffmengen können wir sicherlich durch verbesserte Öffentlichkeitsarbeit und kleine Konzeptänderungen erreichen.

Rosinenpickerei bei Wertstoffen würde insbesondere in unserem ländlichen Raum zum Problem. Private Entsorgungsbetriebe würden sich sicherlich auf unsere Einwohnerzentren, z.B. den Raum Obernburg, Erlenbach, Eisenfeld, stürzen. Aber wer sammelt das Altpapier in Breitenbuch Neuenbuch und Dornau ein? Und wenn doch, zu welchen Kosten?

Auch wir haben uns bereits im Vorfeld über den Deutschen Landkreistag, den Bayerischen Landkreistag, den Verband kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung – VKS – und über einige Bundestagsabgeordnete aus unserem Raum vehement gegen die kommunalunfreundlichen Auswüchse dieses Gesetzentwurfes gewandt.

Bisher leider mit wenig Erfolg.

Nun haben sich alle kommunale Spitzenverbände in Deutschland mit den einschlägigen kommunalen Verbänden zusammengetan und bitten alle entsorgungspflichtigen Körperschaften aktiv zu werden und mit einer Resolution im Gesetzgebungsverfahren aktiv zu werden.

Wir stellen Ihnen diese Resolution heute vor und bitten Sie im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger des Landkreises, aber auch der Gewerbebetriebe im Landkreis, ja aller Abfallerzeuger diese Resolution zu unterstützen und zu verabschieden.

Landrat Schwing ergänzte, hierüber werde schon lange diskutiert innerhalb der kommunalen Spitzenverbände. Man stütze sich aber auf absolute Übereinstimmung. Er betonte, er habe mit Sicherheit nichts gegen Privatbetreiber, aber dann bitte auf Augenhöhe und bei Chancengleichheit. Es könne nicht sein, dass die Privatbetreiber die Filetstückchen bekämen, man selbst allerdings nur das Bauchfleisch und die Knochen und auf der anderen Seite aber flächendeckend tätig sein und alle Entsorgungseinrichtungen vorhalten müssten, weil man jederzeit verpflichtet sei, sollten sich die Privaten wieder zurückziehen. Man werde versuchen zu vermeiden, dass der Bürger diese Parallelsysteme über die Gebührenhaushalt mitfinanzieren müsse, es werde aber nicht einfach sein. Es möge sein, dass es sich teilweise um Vorgaben der EU handle, aber hier versuche das Bundesumweltministerium aufzusatteln. Man erwarte aber, dass man auch das Interesse der Kommunen berücksichtige, dafür werde man flächendeckend auf die Barrikaden gehen.

Kreisrat Dotzel bemerkte, inhaltlich sei in der Resolution alles enthalten, was darin sein sollte, und dies mache auch deutlich, wie wichtig es sei, die bisherigen Möglichkeiten in Zukunft beizubehalten. Zum Stichwort „flächendeckend“ bat er darum, dass die Kommunalen Spitzenverbände diese Resolution zu dritt unterschreiben und sie insgesamt auf den Weg bringen mögen. Nur dann könne es erfolgreich sein.

Landrat Schwing stimmte ihm zu und fügte hin, alle drei Spitzenverbände befürworteten diese Resolution und ziehen an einem Strang.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz fasste einstimmig den

B e s c h l u s s :

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz unterstützt die Forderungen der Kommunalen Spitzenverbände gegen den vorliegenden Gesetzentwurf eines Kreislaufwirtschaftsgesetzes i.d.F. vom 06.08.2010 und beschließt hierzu die als Anlage beigefügte Resolution.

Tagesordnungspunkt 5:

Information Integriertes Energie- und Klimakonzept Bayerischer Untermain

Regierungsrätin Thomasen berichtete:

BMU bewilligt Energie- und Klimaschutzkonzept der Region Bayerischer Untermain

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat jetzt ein Projekt der Region Bayerischer Untermain bewilligt, das zu einem integrierten Energie- und Klimaschutzprojekt führen soll.

Das Projekt mit dem Namen „Integriertes Energie- und Klimaschutzprojekt Bayerischer Untermain – Erstellung einer Strategie zur Stärkung der regionalen, klimafreundlichen Energieerzeugung, Energieeffizienz und –einsparung“ soll Grundlagen für den regionalen Ausbau regenerativer Energien, die Verbesserung der regionalen Klima- und CO₂-Bilanzen, die Stärkung regionaler Energieressourcen und die Verbesserung der regionalen Energie-Effizienz und der Energieeinsparung in der Region legen. Wesentliche Partner sind die drei Gebietskörperschaften der Region, die die Arbeiten unter dem Dach der INITIATIVE von der B.A.U.M. consult GmbH aus München durchführen lassen. Begonnen wird mit einer Analysephase, an die ein Beteiligungsprozess relevanter Gruppen anschließt, bei dem auch die Öffentlichkeit mitwirken können wird.

Das Projekt war bereits im Jahr 2009 beantragt worden, konnte jedoch aufgrund des zeitweisen Stopps des Förderprogramms lange Zeit nicht entschieden werden. Mit der nun erfolgten Bewilligung wird ein wichtiger Grundstein für eine regionsweiten Optimierung und Nutzung der Potenziale gelegt.

Informationen bei Dr. Gerald Heimann, Tel. 06022 261100 oder per E-Mail unter heimann@zentec.de

Landrat Schwing dankte Regierungsrätin Thomasen und fügte hinzu, man habe sich gemeinsam sehr darum bemüht und sei nun froh, in die Förderung hineingekommen zu sein. Man habe selbst im Landkreis weiterhin ein eigenes Programm zum Klimamanagementaufbau bewilligt bekommen. Für die Gemeinden im Kreis sei ein Einstieg möglich. Man habe nun einige Jahre der Umsetzung vor sich.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz nahm die Informationen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 6:

Anfragen

Kreisrätin Weitz fragte in Bezug auf eine regelmäßig erscheinende Sperrmüll-Anzeige im Main-Echo, ob hier nicht eine Veröffentlichung in den Amtsblättern der Kommunen sinnvoller und kostengünstiger sei.

Regierungsamtsrat Röcklein antwortete, die Aktion laufe ohnehin zum 31.12.2010 planmäßig aus. Man habe es für gut empfunden, da diese Anzeige in der Samstagsausgabe im Terminkalender erschienen sei. Die Veröffentlichung in den Amtsblättern wäre weniger regelmäßig, da diese je nach Kommune in verschiedenen Turnussen erscheinen.

Kreisrat Maurer fragte an, ob es denkbar sei, eine terminliche Ablieferung beim Wertstoffhof einzurichten.

Landrat Schwing antwortete, man werde sich in einer der nächsten Sitzungen intensiv damit beschäftigen und in diesem Zusammenhang auch die Kundenbefragung des Wertstoffhofes vorstellen.

gez.

Schwing
Vorsitzender

gez.

Wagner
Schriftführerin